



**Landesbauernverband
Brandenburg e.V.
Pressestelle**

Dorfstraße 1
14513 Teltow OT Ruhlsdorf

Meike Mieke
Tel.: 03328 319 202
Fax: 03328 319 205

E-Mail: mieke@lbv-brandenburg.de
Internet: www.lbv-brandenburg.de

Pressemitteilung

Teltow, 13. Dezember 2023

Die Streichung der Agrardieselbeihilfe wäre für den Standort Brandenburg katastrophal

„Eine Streichung der Beihilfe für Agrardiesel wäre für die Entwicklung einer regionalen Brandenburger Agrarwirtschaft ein nicht zu verkraftender Rückschlag. Die Auswirkungen für den gesamten ländlichen Raum wären katastrophal. Höhere Kosten bei der Uerzeugung werden unweigerlich an die nachgelagerten Bereiche in der Lagerung, in der Logistik, in Vertrieb und Verarbeitung weitergegeben. Lebensmittel würden sich zwangsläufig weiter verteuern. Die Verbraucher zahlen die Zeche“, erklärte LBV-Präsident Henrik Wendorff gegenüber dem Rundfunk Berlin-Brandenburg im Anschluss an die heutige Pressekonferenz der Bundesregierung zum Bundeshaushalt 2024.

Die Kürzungen im Bereich Agrardiesel für die land- und forstwirtschaftlichen Unternehmen Brandenburgs würden sich schätzungsweise auf mehr als 20 Millionen Euro belaufen, führte der Präsident aus. „Gerade der Ökologische Landbau mit einem hohen Flächenanteil in Brandenburg wäre aufgrund des größeren Aufwandes an mechanischer Bodenbearbeitung überproportional betroffen.“

Moderne, Schlepper gezogene Bodenbearbeitungssysteme für Aussaat, Düngung und Pflanzenschutz sind Schlüsseltechnologien für eine klimaangepasste, flächendeckende Landwirtschaft gerade am Standort Brandenburg. „Wenn wir jetzt nicht in die Lage versetzt werden, mit einem vergünstigten Agrardiesel unsere Klimaanpassungsmaßnahmen weiterhin umsetzen zu können, unsere Kulturlandschaft zur erhalten und dabei auch wettbewerbsfähig zu bleiben, wäre das ein Tiefschlag für unsere regionale Landwirtschaft. Wir werden nicht zusehen, wie immer mehr Produktion in Länder mit geringeren Standards abwandert. So schürt man weiter politischen Verdross im ländlichen Raum und schwächt den wirtschaftlichen Mittelstand. Das kann nicht die Maßgabe unserer Regierung sein.“